

Ingo Schmidt

Kapitalistische Krisen mit und ohne systemischer Herausforderung

Ein Vergleich der Stagnationsperioden der 1930er Jahre und der Gegenwart

Die Kapitalisten stehen vor einem Rätsel. Sie haben die kommunistischen Regimes, deren Vormarsch seit 1917 den Weltmarkt immer weiter eingeschnürt hat, besiegt, im Falle der Sowjets und ihrer Satelliten, oder zum Einschwenken auf kapitalistischen Kurs bewegt, wie im Falle der chinesischen und vietnamesischen kommunistischen Partei. Auf ihrem eigenen Terrain haben sie Sozialdemokratie und Gewerkschaften, von denen sie sich im Laufe des langen Booms nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Profitklemme getrieben fühlten, zu Aposteln internationaler Wettbewerbsfähigkeit degradiert. Trotzdem haben die Globalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und sukzessive Kostensenkungsprogramme nicht zu immerwährender Prosperität geführt, sondern zu Krisen und Stagnation (Teulings/Baldwin 2014). Die Erwartungen, die mit der Wiederherstellung einer liberalen Weltordnung nach dem Zeitalter des Staatsinterventionismus und Keynesianismus im Westen und der Planwirtschaft im Osten verbunden waren, haben sich nicht erfüllt. Damit schließt sich der Kreis zu den gescheiterten Bemühungen, den Liberalismus gegen sozialdemokratische Vorstellungen eines organisierten Kapitalismus und die sowjetische Herausforderung zu verteidigen bzw. nach den staatlichen Lenkungen während des Ersten Weltkrieges wiederherzustellen. Dieses Scheitern fand in der Großen Depression der 1930er Jahre seinen Ausdruck.

Im Folgenden werde ich die These entwickeln, dass die gegenwärtige Krisenperiode, obwohl sie weniger tief ist und bislang keine dem Faschismus und Weltkrieg vergleichbaren Katastrophen nach sich gezogen hat, schwerer zu überwinden sein wird als die Große Depression. Der Grund dafür liegt darin, dass dem Neoliberalismus dieser Tage die anti-systemische Herausforderung fehlt, die dem Kapitalismus seit den 1930er Jahren eine Transformation aufgezwungen und schließlich eine Prosperitätskonstellation geschaffen hat, die die herrschenden Klassen während der Großen Depression nicht zuwege gebracht haben. Im Gegenteil führte der faschistische Versuch, die ArbeiterInnenbewegung durch

Terror nach innen und Krieg nach außen zu unterdrücken, zusammen mit der Unfähigkeit der westeuropäischen Mächte, die faschistische Eroberungspolitik zu stoppen, zu einem Weltkrieg, an dessen Ende sich der Einflussbereich der Sowjetunion erheblich vergrößert hatte. Diese weltpolitische Machtverschiebung verhalf dem Sozialstaatskompromiss zwischen Kapital und reformistischer ArbeiterInnenbewegung zum Durchbruch. Dieser Kompromiss wurde Teil der Bemühungen zur Eindämmung des sowjetischen und (nach 1949) chinesischen Kommunismus. Mit dem Jahrzehnte später errungenen Sieg über kommunistische oder auch nur sozialdemokratische Herausforderungen ist dem Kapital aber gerade jene Opposition abhanden gekommen, die heute eine grundlegende Modernisierung des Kapitalismus erzwingen könnte.

Diese These wird im Folgenden anhand einer vergleichenden Analyse der Großen Depression der 1930er Jahre und der gegenwärtigen Stagnationsperiode entwickelt. Dazu wird im nächsten Abschnitt ein Erklärungsmodell vorgestellt, das krisentheoretische Argumente, wie sie aus der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie abgeleitet werden können, mit der Analyse historisch spezifischer Formen der Akkumulation im Weltmaßstab, der Beziehungen zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Produktionsweisen und sich wandelnder Klassenverhältnisse verbindet. Im darauffolgenden Abschnitt wird ein skizzenhafter Vergleich zwischen Großer Depression und der gegenwärtigen Stagnationsphase vorgenommen. Im letzten Abschnitt dieses Beitrags verwende ich das zuvor entwickelte theoretische Modell, um insbesondere die Unterschiede zwischen der Welt der 1930er Jahre, in der sich industrialisierte Metropolen und Rohstoffe bzw. Agrarprodukte liefernde Peripherien gegenüberstanden, und der heutigen Welt globaler Produktionsnetzwerke zu erklären. Die Trennung zwischen industrialisierten Metropolen und nicht-industrialisierten Peripherien zeichnete das Zeitalter eines kolonialen Imperialismus aus, dessen Widersprüche nicht nur zum Ersten Weltkrieg, sondern letztlich auch zur Großen Depression geführt haben. Die Herausbildung einer Welt, in der das Eigentum an Produktionsmitteln und militärische Kapazitäten sowie Entscheidungen über den Einsatz und die Entwicklung von Technologien weitgehend in den alten imperialistischen Zentren konzentriert sind, ein erheblicher Teil der unmittelbaren Produktionsprozesse aber in industrielle Distrikte des postkolonialen Südens verlagert wurde, hat dagegen zu einem neuen Imperialismus geführt. Die von diesem neuen Imperialismus geschaffenen Expansionsmöglichkeiten waren aber ebenso begrenzt wie jene, die mit dem kolonialen Imperialismus verbunden waren. Eine Rückkehr der Stagnation in den imperialistischen Zentren war deshalb unvermeidlich. Dabei muss an dieser Stelle offenbleiben, ob einige der Länder des Globalen Südens, die in der jüngeren Vergangenheit erhebliche Wachstumsraten verzeichnen konnten, sich als eigenständige Pole wirtschaftlicher Entwicklung etablieren können.

In einem solchen Falle könnte es, ganz wie zu Ende des 19. Jahrhunderts, zu neuerlichen Konflikten um die Aufteilung des Weltmarktes kommen. In ihrer gegenwärtigen Verfassung mögen die aufstrebenden Ökonomien des Südens die lange bestehenden Hierarchien des kapitalistischen Weltsystems herausfordern, sind aber weit davon entfernt, eine systemische Herausforderung dieses Systems darzustellen (Bond/Garcia 2015; Goldberg 2015; Li 2016).

Geschichte und Krisentheorie

Ein Kernanliegen der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie besteht in dem theoretischen Nachweis, dass es sich beim Kapitalismus nicht um eine natürliche und ewige, sondern eine von Menschen gemachte und historisch vergängliche Produktionsweise handelt. Mit diesem theoretischen Projekt wollte Marx zur strategischen Orientierung der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung beitragen, an deren Aufbau er – im Rahmen der Ersten Internationalen – zeitweise selbst beteiligt war (Pelz 2017). Mit der, wie es im Vorwort zum ersten Band des *Kapital* heißt, „Enthüllung des Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft“ suchte er die kapitalistische Produktionsweise von anderen Produktionsweisen abzugrenzen. Mit dieser Abgrenzung ist aber nicht nur die Frage aufgeworfen, wie die kapitalistische Produktionsweise sich historisch in einer nicht-kapitalistischen Umwelt hat entwickeln können, sondern auch die Frage, ob eine vollständige kapitalistische Durchdringung und schließlich eine Verdrängung nicht-kapitalistischer Produktionsweisen möglich ist. Diese historischen, im Projekt der Kritik der politischen Ökonomie angelegten Fragen sind in der marxistischen Krisentheorie allerdings kaum berücksichtigt worden, obwohl sie die entscheidenden analytischen Werkzeuge zum Verständnis früherer und aktueller Stagnationsperioden liefern.

Im Kern drehte sich die marxistische Debatte zur Krisentheorie um die Frage, ob der Akkumulationsprozess aufgrund eines Mangels an Nachfrage, eines Missverhältnisses zwischen der Art der angebotenen Waren und der Nachfragestruktur oder sinkenden Profitraten in eine Krise umschlägt (O'Connor 1987: 49ff.). Die entsprechenden theoretischen Ansätze wurden auf Grundlage der auch von Marx im *Kapital* getroffenen Annahme einer rein kapitalistischen Produktionsweise entwickelt. Dabei spielen Klassenkämpfe, die im *Kommunistischen Manifest* noch als Motor aller geschichtlichen Entwicklung bezeichnet wurden, bestenfalls eine untergeordnete Rolle (Lebowitz 2002). Gelingt es den ArbeiterInnen, höhere Löhne durchzusetzen, treiben sie das Kapital in eine Profitklemme, worauf es zunächst zu sinkenden Investitionen, Arbeitslosigkeit und einer Schwächung der Kampfkraft der ArbeiterInnen kommt. Langfristig

wird die lebendige Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt, deren Einsatz sich allerdings als so kostspielig erweisen kann, dass es nicht zu den angestrebten Produktivitäts- und Profitzuwächsen, sondern einem neuerlichen Absinken der Profitrate kommt. So lassen sich aus der Marx'schen Akkumulationstheorie unterschiedliche Krisenursachen ableiten, die ArbeiterInnenklasse bleibt aber stets der Kapitallogik unterworfen. Die Konstitution der ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt, dessen Kämpfe in den inneren Widersprüchen und Krisentendenzen der Kapitalakkumulation vielfältige Ansatzpunkte finden, sich aber schließlich als systemische Herausforderung von außen gegen das Kapitalverhältnis stellen, ist auf der theoretischen Ebene einer rein kapitalistischen Produktionsweise nicht zu bestimmen. Klassenkämpfe, in denen es um mehr geht als die Höhe der Mehrwertrate, sind gar nicht oder nur als voluntaristischer Akt denkbar. Darüber hinaus war in der Debatte um die Krisenursachen, also Unterkonsumtion, Disproportionalität oder fallende Profitrate, lange nicht klar, ob diese als Momente des Konjunkturzyklus (Sherman 1991) oder als Faktoren zu verstehen seien, die längerfristig auf einen ökonomischen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise hinwirken (Sweezy 1942: 225ff.).

Es war die marxistische Imperialismusdebatte, die unterschiedliche Versionen der Krisentheorie aufgriff (Hilferding 1911: 325ff.; Luxemburg 1913; Grossmann 1929: 416ff.), sie als Beitrag zur langfristigen Entwicklung des Kapitalismus verstand und dabei die Bedeutung der kapitalistischen Expansion in nicht-kapitalistische Ökonomien und deren Rückwirkung auf den Klassenkampf betrachtete. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob die äußere Expansion die Akkumulation des Kapitals fördern und damit Spielräume für soziale Reformen eröffnen könnte. Expansion wurde dabei fast durchgängig als koloniale Eroberung verstanden; die Frage, ob es auch innerhalb der imperialistischen Zentren noch nicht-kapitalistische Räume gab, deren Öffnung der kapitalistischen Produktionsweise die Überwindung von Stagnationsperioden erlauben könnte, wurde in dieser Debatte allerdings so gut wie gar nicht gestellt.

Ich knüpfe in diesem Aufsatz sowohl an die marxistische Krisen- als auch Imperialismustheorie, insbesondere in der Luxemburg'schen Fassung (Schmidt 2012), an. Die verschiedenen Versionen der Krisentheorie, die sich auf einer abstrakten Ebene logisch voneinander abgrenzen lassen, verstehe ich als Momente des realen Prozesses kapitalistischer Entwicklung. Zu unterschiedlichen Zeiten ist diese Entwicklung mit den Problemen unzureichender Nachfrage, Disproportionen von Angebots- und Nachfragestruktur und sinkenden Profitraten konfrontiert. Stets führt die zyklische Entwicklung in die Stagnation, sofern sich keine neuen Anlagefelder und Absatzmärkte in nicht-kapitalistischen Milieus erschließen lassen, ganz gleich, wo diese geografisch zu finden sind. Paradoxerweise ist die Erschließung neuer Räume für die Kapitalakkumulation umso

wahrscheinlicher, je stärker der Kapitalismus von anti-systemischen Bewegungen herausgefordert wird. So wurde die Überwindung der Großen Depression schließlich dadurch möglich, dass die Ausdehnung des sowjetischen und chinesischen Kommunismus den Kapitalisten einen starken Anreiz gab, einen Ausgleich mit der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung zu suchen. Die damit verbundenen sozialen Reformen wurden ohne Druck auf die Profitrate möglich, weil die kapitalistische Durchdringung der Lebenswelten der ArbeiterInnenklasse die Erschließung neuer Märkte und damit die Realisierung von Skalenerträgen ermöglichte. Umgekehrt ist mit dem Zusammenbruch des Kommunismus sowie der im Zuge der neoliberalen Globalisierung erfolgten Auflösung der sozialen Netzwerke (Schmidt 2014), auf denen die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnenbewegung im Westen beruhte, der Druck verschwunden, durch eine grundlegende Modernisierung des Kapitalismus gleichzeitig neue Akkumulationsfelder und neue Formen der sozialen Konsensbildung zu finden.

Mein Ansatz zum Vergleich der Großen Depression mit der gegenwärtigen Stagnationsperiode beruht demnach auf einem Dreiklang von Krisentheorie, der Analyse der Beziehungen zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Produktionsweisen und der jeweils konkreten Formen der Klassenverhältnisse und -kämpfe.

Unter Rückgriff auf die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie lassen sich verschiedene krisentheoretische Momente identifizieren, aus deren Zusammenspiel sich der kapitalistische Akkumulationszyklus ergibt (Harvey 2010). Zyklische Schwankungen navigieren die Kapitalakkumulation zwischen der Skylla unzureichender Nachfrage nach Konsumgütern und der Charybdis einer durch übermäßige Nachfrage aus Lohn Einkommen verursachten Profitklemme. Sofern Unternehmen die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnen sowie den damit verbundenen Druck auf ihre Profite durch die Einführung arbeitssparender Technologien zu reduzieren suchen, besteht die Möglichkeit, dass sich die Kapitalzusammensetzung vom variablen, Mehrwert schaffenden zum konstanten Kapital verschiebt, das lediglich bereits produzierten Wert auf neue Produkte überträgt. Wird eine solche Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals nicht durch eine entsprechende Erhöhung der Mehrwertrate kompensiert bzw. überkompensiert, kommt es wiederum zu einer fallenden Profitrate und damit sinkendem Investitionsanreiz. Neben diesen Verteilungskämpfen zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie ihren Wirkungen auf die Profitrate geht der Akkumulationsprozess mit der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten einher. Die Schaffung der zusätzlichen Nachfrage, die zur Auslastung dieser Kapazitäten notwendig ist, führt zu neuen Problemen. Wird diese zusätzliche Nachfrage durch die Herstellung weiterer Produktionsmittel geschaffen, wird das Problem des Aufbaus und der Auslastung der neuen Produktionskapazitäten in

die Zukunft verschoben; in der Zwischenzeit erhöht sich allerdings die organische Zusammensetzung des Kapitals samt der damit verbundenen Möglichkeit einer fallenden Profitrate. Zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskraft und damit einhergehende steigende Löhne drücken ebenso auf die Profitrate.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet die Expansion in nicht-kapitalistische Milieus. Diese erlaubt die Ausweitung des Absatzes, dessen Finanzierung allerdings Kredite oder Wertpapieremissionen seitens der kapitalistischen Ökonomie voraussetzt, weil die nicht-kapitalistischen Milieus über keine Geldeinkommen verfügen. Kredit und Börsen spielen daher nicht nur eine wichtige Rolle, die den kapitalistischen Zyklus vorantreiben, Rezessionen aber auch enorm verschärfen können, sondern fungieren zudem als ein Hebel, mittels dessen das kapitalistische Vordringen in nicht-kapitalistische Milieus, ggf. im Zusammenspiel mit militärischer Gewalt, organisiert werden kann. Eine weitere Methode der kapitalistischen Expansion ist die gewaltsame, d.h. nicht dem Prinzip des Äquivalententauschs entsprechende Aneignung von Werten und die Proletarisierung von Menschen, die ihre Existenz vormals außerhalb der Zwänge des kapitalistischen Reproduktionsprozesses erarbeiten konnten. Solche Proletarisierungsprozesse eröffnen den Zugriff auf lebendige Arbeitskraft, deren Wert unter jenem liegt, den sich die schon länger dem kapitalistischen Regime unterworfenen Arbeitskräfte erkämpfen konnten. Die Ausbeutung von Arbeitskraft unterschiedlichen Wertes führt zu ungleichem Tausch. Anders als von Marx im *Kapital* angenommen, findet zwischen Zentren und Peripherien kein Ausgleich des Wertes der Arbeitskraft statt, sodass Werte, die von der billigeren Arbeitskraft in den Peripherien produziert werden, in die Zentren transferiert werden (Smith 2016).

Die kapitalistische Durchdringung nicht-kapitalistischer Milieus umfasst demnach drei Aspekte: die Erweiterung der Absatzmärkte (Luxemburg 1913), die Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2003: Kap. 4) sowie Proletarisierungsprozesse und den dadurch begründeten ungleichen Tausch zwischen kapitalistischen Zentren und Peripherien. Diese drei Gesichtspunkte können als ökonomische Kennzeichen des Imperialismus betrachtet werden. Ihre Analyse ist im Rahmen einer Akkumulations- und Krisentheorie, die von der Annahme einer ausschließlich von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten Gesellschaft ausgeht, nicht möglich. Um die kapitalistische Entwicklung in ihrer Totalität zu verstehen, müssen neben den Widersprüchen, die sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ergeben, auch die Beziehungen zwischen kapitalistischer Produktionsweise und nicht-kapitalistischen Milieus sowie die damit verbundenen Klassenverhältnisse einbezogen werden. Auch die Analyse bestimmter Abschnitte kapitalistischer Entwicklung, wie der Vergleich der Stagnationsphasen der 1930er Jahre mit der Gegenwart, erfordert daher die Einbeziehung von Krisentendenzen der Kapitalakkumulation, des Imperialismus

und Klassenkampfes. Erstere unterliegen seit Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise den gleichen Gesetzen, auch wenn diese sich in unterschiedlichen historischen Formen durchsetzen. Imperialismus, der hier nicht als eine Entwicklungsphase des Kapitalismus, sondern als dessen Zwilling verstanden wird, und Klassenkampf bzw. die dem Kampf zugrunde liegenden Klassenverhältnisse nehmen gleichfalls unterschiedliche historische Formen an.

Zwei Krisenperioden: eine vergleichende Beschreibung

Die Große Depression begann mit einer Abkühlung der Konjunktur in den USA und Westeuropa im Frühjahr 1929 (Kindleberger 1973: 119ff.). Diese reichte allerdings aus, Zweifel an Börsennotierungen und den damit verbundenen Gewinnerwartungen zu säen. Die Börsenumsätze gingen zurück und viele InvestorInnen suchten Kredite zurückzuzahlen, die sie zur Finanzierung von Wertpapierkäufen aufgenommen hatten. Daraufhin stiegen die Zinsen auf Kredite, die von den Banken als riskant eingeschätzt wurden, was wiederum InvestorInnen zu Panikverkäufen an der Börse veranlasste. Der Börsenkrach führte zum Absturz der Rohstoffpreise, einem Verfall des allgemeinen Preisniveaus und damit zu einem Anstieg von Realzinsen und realer Schuldenlast. Versuche, diese Last loszuwerden, führten zu weiteren Panikverkäufen und beschleunigten die Abwärtsspirale, in der sich die Weltwirtschaft seit Ausbruch der Börsenkrise im Oktober 1929 befand (Fisher 1933). Der Anstieg von realen Zinsen und Schulden führte außerdem zu einer Reihe von Bankenkrisen (James 2003: Kap. 2), deren Kosten zumindest teilweise auf die öffentlichen Haushalte abgewälzt wurden. Ohnehin von krisenbedingten Einnahmeausfällen geplagt, trieb die Sozialisierung der Bankenverluste die öffentlichen Haushalte weiter in die roten Zahlen und löste in einem Land nach dem anderen eine Kapitalflucht aus, die immer hektischer wurde und das internationale Finanzsystem zunehmend destabilisierte. Als Anker dieses Systems galt den meisten Regierungen der Goldstandard, zu dem die meisten Länder nach der Überwindung der Nachkriegskrise 1919/21 sowie den damit verbundenen Inflations- und schließlich Deflationsprozessen zurückgekehrt waren (Tooze 2015: 439ff.). Versuche, die Kapitalflucht einzudämmen und die Goldparität durch Einsparungen und eine damit angestrebte Haushaltskonsolidierung zu verteidigen, bewirkten das Gegenteil. Neben der privaten ging auch noch die öffentliche Nachfrage zurück, bis der Deflationskonsens zerbrach und der Goldstandard schließlich aufgegeben wurde (Kindleberger 1973: 212ff.). Doch damit war das Ende der Talfahrt immer noch nicht erreicht. Die Bemühungen, durch irgendeine Form internationaler Kooperation zur Stabilisierung der Wirtschaft beizutragen, wurden nach dem Scheitern des

Goldstandards aufgegeben. Währungsabwertungen und Handelsprotektionismus wurden zu Methoden einer um sich greifenden *beggar-thy-neighbour*-Politik, die den Weltmarkt zerstörte (James 2003: Kap. 3). Nachdem die krisenverschärfende Deflationspolitik endlich aufgegeben wurde, behinderten fehlende Zugänge zu ausländischen Rohstoff- und Absatzmärkten eine effektive Reflationspolitik. Die im Wesentlichen in nationale Märkte zersplitterte Weltwirtschaft war in der Stagnation gefangen. Trotz Deflation waren die realen Preise für Rohstoffe, Arbeitskraft und schließlich auch die realen Zinsen am Ende der wirtschaftlichen Talfahrt niedriger als vor Beginn der Krise, aber Investitionen blieben angesichts düsterer Absatzerwartungen aus.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Rezession 1929 waren wesentlich von dem Versuch geprägt, die liberale Ordnung, in der das Kapital seine inneren Fraktionskämpfe ohne Rücksichtnahme auf die Belange der subalternen Klassen austragen konnten, wiederherzustellen. Ausgeglichene Haushalte und der Goldstandard waren wesentliche Elemente dieser liberalen Ordnung, die durch Kriegswirtschaft und die anschließende Welle militanter, zum Teil revolutionärer Arbeitskämpfe freilich arg erschüttert war. Der Durchbruch zum Keynesianismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg so viel zur Stabilisierung des Kapitalismus beitrug, scheiterte in der Zwischenkriegszeit daran, dass die führenden Kreise der Bourgeoisien Westeuropas und der USA in keynesianischen Beschäftigungsprogrammen unnötige Konzessionen an die ArbeiterInnenbewegung sahen. Tragischerweise war es dann der Faschismus, der einerseits die 'Herr-im-Haus-Position' des Kapitals vorübergehend wiederherstellte, aber gleichzeitig mit seinem Rüstungskeynesianismus die Überwindung der Stagnation einleitete. Kurz: Während der Großen Depression herrschte beim Kapital noch die Vorstellung vor, die kommunistischen und sozialdemokratischen Gespenster vertreiben zu können. Diese Vorstellung trug auch dazu bei, dass die Bourgeoisien, anstatt sich auf eine gemeinsame Politik zur Krisenüberwindung zu verständigen, sich aufs Neue in nationalstaatlichen Konkurrenzkämpfen verstrickten. Diese hatten bereits zum Ersten Weltkrieg geführt und nahmen in den 1930er Jahren die Form der *beggar-thy-neighbour*-Politik an, die erheblich zur Verfestigung der Stagnation beitrug.

Die große Rezession 2008/9 entwickelte sich zunächst nach einem ähnlichen Muster wie die Große Depression. Auch in diesem Fall ging eine Abkühlung der Konjunktur dem Absturz der Börse voraus. Allerdings stellte die Immobilienkrise in den USA, die ausbrach, nachdem eine steigende Zahl einkommensschwacher Haushalte ihre Hypothekenkredite infolge der Konjunkturabschwächung und steigenden Zinsen nicht bedienen konnte, einen Zwischenschritt in Richtung Börsenkrach dar. Im Gegensatz zu 1929, als es drei Jahre dauerte, bis die Krise vom Börsenparkett in den Bankensektor vorgedrungen war, gingen Börsen- und

Bankenkrise 2008 Hand in Hand. Dafür reagierte die Politik völlig anders: Nicht Austerität, sondern Bankenrettungs- und international abgestimmte Ausgabenprogramme sowie eine expansive Geldpolitik konnten die Negativspirale aus Panikverkäufen an der Börse, Deflation, einem Anstieg der realen Zinsen und Schulden und weiteren Panikverkäufen im Keim ersticken. Die Zusammenbrüche von Northern Rock in Großbritannien und Lehman Brothers in den USA waren die Warnschüsse, welche die herrschenden Eliten von der Notwendigkeit energischer Reflationspolitik überzeugten. In deren Folge stieg die öffentliche Verschuldung allerdings in einem Maße an, das weit über den entsprechenden Schuldenanstieg während der Großen Depression hinausging. Diese Schulden lieferten den Vorwand, die Reflation schon nach kurzer Zeit zu beenden und ein neues Zeitalter der Austerität auszurufen. Allerdings hielten die führenden Zentralbanken an Zinsen mitunter sogar unter der Nulllinie fest und pumpeten durch massive Anleihekäufe Liquidität ins Finanzsystem. Diese Käufe drückten zwar auf die Renditen, trieben aber Anleihe- und Aktienmärkte nach der mit keynesianischer Hilfe überstandenen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder in die Höhe. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung war mit steigenden Börsenkursen zwar nicht verbunden. Anders als nach 1929 konnte der Absturz im Herbst 2008 jedoch bereits im Frühjahr 2009 abgefangen werden. Es folgte eine kräftige, aber kurze Erholung, danach die Stagnation. Genau wie in den 1930er Jahren hatte die Krise die Kosten für Rohstoffe, Arbeitskraft und Kredit in den Keller gedrückt, aber es fehlte den Unternehmen an Absatzmöglichkeiten, um die günstigen Angebotsbedingungen in eine anhaltende Investitionskonjunktur zu übersetzen. Im Unterschied zur Großen Depression kam es jedoch zu einem zwar kurzen, aber entschlossenen keynesianischen Intermezzo, das ein Abgleiten der Rezession in die Depression verhindern konnte. Angesichts der Schwäche der reformistischen ArbeiterInnenbewegung ging dieses Intermezzo nicht mit der Gefahr einher, mit staatlichen Nachfrageprogrammen das Gespenst von Anspruchsinflation und Profitklemme wiederzubeleben, das das Kapital in den 1970er Jahren zur neoliberalen Wende veranlasst hatte. Angesichts des Fehlens einer anti-systemischen Herausforderung gab es allerdings auch keinen Grund, die keynesianische Politik mit dem Ziel einer Kooptation der reformistischen ArbeiterInnenbewegung, und sei sie noch so schwach, fortzusetzen. Zur Erzielung hoher Profitraten konnte daher wieder an die seit den 1980er Jahren vorherrschende Politik des Neoliberalismus angeknüpft werden, auch wenn damit die Stagnation verlängert wird, statt einer neuen Prosperitätskonstellation zum Durchbruch zu verhelfen. Unterkonsumtion, die schon ein Merkmal der Großen Depression war, trägt auch gegenwärtig zur Verlängerung der Stagnation bei (Desai 2010). Das gilt unbeschadet dessen, dass mit Blick auf die ökologischen Grenzen des Wachstums eine auf Ausweitung des Konsums gründende Krisenüberwindung

alles andere als wünschbar ist. Diese ökologischen Grenzen stellen freilich nicht nur eine Herausforderung für die Entwicklung des Kapitalismus, sondern auch für die Entstehung anti-systemischer Bewegungen dar, weil immer noch unklar ist, wie die nach wie vor weit verbreitete Armut in der Welt ohne Wachstum und den damit verbundenen Ressourcenverbrauch überwunden werden kann.

Die Finanzkrisen 1929 und 2008 markierten keinesfalls das Ende anhaltender Prosperitätsphasen, sondern waren Episoden innerhalb weiter zurückreichender Krisenperioden. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich in Sieger- wie Verliererstaaten die Inflation beschleunigt, nachdem Preiskontrollen aufgehoben worden waren und militante ArbeiterInnenbewegungen sich gegen Reallohnverluste wehrten. Aus Angst vor einer Ausbreitung des Bolschewismus steuerten die Regierungen im Westen zunächst einen expansiven Kurs, der ein hohes Beschäftigungsniveau ermöglichte, aber zugleich die Preis-Lohn-Spirale am Laufen hielt. 1920/21, in Deutschland erst 1923, sahen Regierungen und Kapitalisten ihre Position ausreichend gesichert, um ihrerseits in die Offensive zu gehen. Mit einem Schwenk zur Deflation, der zugleich die Rückkehr zum Goldstandard, der während des Ersten Weltkrieges aufgegeben worden war, vorbereiten sollte, lösten sie eine schwere Rezession und einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit aus (Tooze 2015: 439ff.; Varga 1921). Zu diesem Zeitpunkt hatte die Inflation die Ersparnisse der Mittelklasse entwertet und eine Spekulationswelle ermöglicht, in deren Verlauf Konzentration und Zentralisation des Kapitals sprunghaft zunahm. Der auf die Deflationskrise 1920/21 folgende Aufschwung, vielfach als 'Goldene Zwanziger' verklärt, stellte weniger den Umschwung von Krieg und Krise zu Prosperität als ein Zwischenspiel in der 'Niedergangsperiode' des Kapitalismus dar (Varga 1969).

Vom kapitalistischen Niedergang war vor Ausbruch der großen Rezession 2008/9 weder auf der Linken noch auf der Rechten die Rede. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Schwenk der chinesischen KP von marktwirtschaftlichen Experimenten in den 1980er Jahren zur forcierten Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt in den 1990er Jahren schienen alle Hindernisse, die der Kapitalakkumulation während des kurzen 20. Jahrhunderts von 1917 bis 1989 im Wege gestanden hatten, aus dem Weg geräumt. Umso größer war der Schock, als der in der Tat überdurchschnittlich lang anhaltende Konjunkturaufschwung der 1990er Jahre 2001 in Wall-Street-Krach und Rezession endete. Immerhin galten die USA als Motor der neoliberalen Globalisierung. Deren Beginn reicht in die Regierungszeit Reagans, Margaret Thatchers aber auch Pinochets zurück, richtig in Fahrt kam die neoliberale Globalisierung aber erst mit der Wiedereingliederung vormals kommunistisch regierter Länder in den kapitalistischen Weltmarkt in den 1990er Jahren. Bereits mit der Krise 2001 stieß sie aber an ihre Grenzen (Schmidt 2008). Konnte die Krise 1920/21 noch

auf die Folgen des Ersten Weltkrieges, also eines politischen Faktors jenseits der Logik des Kapitals bzw. der Kräfte von Angebot und Nachfrage zurückgeführt werden, so war dies bei der Krise 2001 nicht möglich, galten doch Aufschwung und Globalisierung der 1990er als Ausweis der Überlegenheit des Marktes über jegliche Form des Staatsinterventionismus. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Krise 2001 zum Übergang von der Globalisierung des Marktes zu einem permanenten Kriegszustand geführt hat. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass die Kriege, die der westliche Imperialismus gegen 'Schurkenstaaten' von Afghanistan über den Irak bis nach Syrien führt, ihre Ziele ebenso wenig erreichten wie die Kriege um die Neuaufteilung der Welt, in denen die imperialistischen Mächte im Ersten Weltkrieg ihre Kräfte verschlissen hatten. In beiden Fällen erwies sich der Krieg als glänzendes Geschäft für die Rüstungsindustrie, stimulierte die Konjunktur insgesamt, im Unterschied zum Zweiten Weltkrieg sowie dem nachfolgenden Kalten Krieg, aber nur mäßig. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene liefen die Kosten des Krieges gegen den Terror den erwarteten Kriegsgewinnen davon. Die USA, welche die Hauptlast der militärischen Operationen trugen, blieben zwar weiterhin kreditwürdig und konnten zudem ihr US-Dollar-Privileg zur Finanzierung der neuen Kriege ausnutzen, dennoch wuchsen nach 2001 und erst recht nach 2008 Zweifel an ihrer militärischen und wirtschaftlichen Führungskraft (Eichengreen 2012).

Das war in den 1990er Jahren anders gewesen. Von Mexiko 1994 über Asien 1997 bis Brasilien und Russland 1998 war es in diesem Jahrzehnt zu Finanzkrisen gekommen. Jede dieser Krisen eliminierte entwicklungsstaatliche Elemente in den betroffenen Ländern und führte zu Strukturanpassungsprogrammen, in deren Zuge neoliberale Gegenreformen durchgeführt und Auslandsinvestitionen Tür und Tor geöffnet wurden. Diese Krisen können daher als Erweiterungskrisen der neoliberalen Globalisierung begriffen werden und sind damit vergleichbar mit der Serie von Finanzturbulenzen und Verhandlungen zwischen den USA und den europäischen Sieger- und Verlierermächten über ausstehende Reparationen, aber auch über die Auslandsschulden, die Frankreich und Großbritannien im Laufe des Ersten Weltkrieges gegenüber den USA eingegangen waren. Die US-Eliten erwiesen sich vom Abschluss der Versailler Friedensvertrages 1919 bis zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz 1933 als unfähig, eine von ihnen dominierte Weltordnung durchzusetzen (Eichengreen 1992; Kindleberger 1973; Moser 2015; Tooze 2015).

Akkumulation, Imperialismus und Klassenkampf

Sowohl die Große Depression als auch die gegenwärtige Stagnationsphase begannen mit einer Rezession, die von Finanzkrisen in beiden Fällen massiv verschärft

wurde. Danach kam es zur Stagnation, in der das zyklische Schwanken zwischen Unterkonsumtion und Profitklemme nicht aufhörte, das Akkumulationstempo insgesamt aber deutlich nachließ und Tendenzen zur Unterkonsumtion immer mehr über Tendenzen zur Profitklemme dominierten. Dass die innere Logik der Kapitalakkumulation und Krise zu solchen Stagnationsphasen führt, kann nicht allein aus dieser Logik selbst erklärt werden. Zur Stagnation kommt es vielmehr, wenn bestimmte nicht-kapitalistische Milieus, deren kapitalistische Durchdringung die Akkumulation vorantreibt, ausgeschöpft sind oder einer weiteren Durchdringung politischer Widerstand entgegengesetzt wird. In diesem letzten Abschnitt wird zu zeigen sein, dass die Große Depression im Umschlag von kolonialer Expansion zu Kämpfen um die Neuverteilung der Welt angelegt war. Es wird weiter zu zeigen sein, dass diese Kämpfe anti-systemischen Bewegungen Auftrieb verliehen, die eine Neuorientierung der Kapitalakkumulation, von der Kolonisierung des Südens zur Kolonisierung der Lebenswelten des Nordens bzw. Westens erzwang. Und schließlich wird zu zeigen sein, dass die Kolonisierung des Nordens sowie die damit einhergehende Prosperität zu einem Aufschwung von ArbeiterInnen- und neuen sozialen Bewegungen geführt haben, welcher vonseiten des Kapitals mit einer globalen Umstrukturierung beantwortet wurde, die die genannten Bewegungen massiv schwächte. Nachdem die Anlagemöglichkeiten und Absatzmärkte, welche diese Umstrukturierung eröffnet hatte, erschöpft sind und zu einer neuerlichen Stagnation geführt haben, fehlt es an einer systemischen Herausforderung, die zur Erschließung neuer Märkte zwingen könnte.

Vor dem Ersten Weltkrieg war die Akkumulation des Kapitals untrennbar mit der Massenauswanderung aus Europa in die für Europäer immer noch neuen Welten Nord- und Südamerikas, Australiens und, in deutlich geringerem Umfang, des südlichen Afrika verbunden (Hatton/Williamson 2005: 5ff.). Ohne diese Auswanderung wäre das durch Bevölkerungswachstum und Proletarisierung geschaffene Arbeitsangebot immer weiter über die durch den Akkumulationsprozess geschaffene Nachfrage nach Arbeitskraft hinausgegangen. Ein erheblicher Teil der AuswanderInnen ließ sich in den neuen Welten als FarmerInnen nieder, nur ein kleiner Teil füllte die Ränge der industriellen ArbeiterInnenklasse, welche die 'einfache Warenproduktion' auf dem Lande mit Werkzeugen und Transportmitteln versorgte. Die Neubesiedlung von Land begrenzte demnach das Arbeitsangebot, sodass die Entstehung einer über zyklische Schwankungen hinausgehenden industriellen Reservearmee in den Aus- und Einwanderungsländern verhindert werden konnte. Es ließen sich Realloohnerhöhungen durchsetzen, die mehr oder minder der Zunahme der Arbeitsproduktivität folgten (O'Rourke/Williamson: 1999). Allerdings blieb die absolute Kaufkraft der Löhne beschränkt, weil ein erheblicher Teil der Waren, die in die Reproduktion der Arbeitskraft eingingen, von HandwerkerInnen, FarmerInnen, Bauern und Bäuerinnen oder,

in Osteuropa, LandarbeiterInnen unter halbfeudalen Produktionsverhältnissen hergestellt wurde. Diese nicht-kapitalistischen Produktionsverhältnisse wiesen nur geringe Produktivitätssteigerungen auf, steigende Nachfrage nach ihren Produkten konnte daher nur durch den Einsatz von mehr Arbeitskraft unter nicht-kapitalistischen Verhältnissen befriedigt werden. Die Akkumulation des Kapitals wurde durch die Art und Weise, in der die kapitalistisch angewandte Arbeitskraft reproduziert wurde, begrenzt. Die Begrenzung der Kapitalakkumulation in den Konsumgüter produzierenden Industrien setzte sich in den Investitionsgüter produzierenden Industrien fort, weil eine fortwährende Erhöhung der organischen Zusammensetzung unter der Bedingung, dass die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Konsumgüter aus nicht-kapitalistischer Produktion stammen, nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Mehrwertrate kompensiert werden konnte. Ein Fall der Profitrate wäre bei einer weiteren Erhöhung der organischen Zusammensetzung daher unvermeidlich gewesen.

Tatsächlich wurde eine fortdauernde Ausweitung der Produktion von Investitionsgütern und Produktionsgütern gar nicht erst in Angriff genommen; stattdessen lieferten die entsprechenden Industrien einer neuen Welle kolonialer Expansion die notwendige Infrastruktur, also vor allem Eisenbahnen und Schiffe (vgl. Hobsbawm 1995: Kap. 3). Allerdings stieß diese Kolonisierung an räumliche Grenzen, während die Industrialisierung der Kolonien, die einen steigenden Absatz von Investitionsgütern aus den imperialistischen Zentren ermöglicht hätte, nicht vorgesehen war. Die Kolonien waren vor allem Lieferanten von Agrarprodukten und Rohstoffen. Die fast vollständige koloniale Aufteilung der Welt sowie die Besiedlung der hierfür zur Verfügung stehenden Flächen setzte der Kapitalakkumulation äußere wirtschaftliche Grenzen, die sich im Ersten Weltkrieg als Krieg um die Neuverteilung der kolonialen Beute entluden. Die Absatzprobleme, denen sich das Kapital vor Ausbruch des Krieges infolge der Ausschöpfung damals erschließbarer Märkte gegenüber sah, wurden durch den Krieg gelöst. Der Bedarf an Destruktionsmitteln war so groß, dass nicht nur die bestehenden Kapazitäten ausgelastet, sondern auch große Schritte in Richtung Standardisierung und Serienproduktion unternommen werden konnten (Broadberry/Harrison 2005).

Mit Ende des Krieges wurden staatliche Absatzgarantien allerdings hinfällig, während die zur Finanzierung des Krieges aufgenommenen Schulden die Finanzierung von Investitionen in der dem Krieg folgenden Krisenperiode belasteten. Zudem führten dauerhafte Überkapazitäten und Dauerarbeitslosigkeit zur Abkopplung der Reallöhne, die infolge der Nachkriegsinflation massiv gesunken waren, von der Produktivitätsentwicklung, sodass die Löhne zunehmend als Konjunktur stabilisierender Faktor ausfielen. Die Unterkonsumtion wurde daher zu einem Kennzeichen der Großen Depression. Erst der Zweite Weltkrieg und

die damit einhergehende Erneuerung staatlicher Absatzgarantien führten zum Ende der Depression. Mit diesem Krieg wollten die Achsenmächte unter anderem Siedlungsräume erschließen, die infolge der Einwanderungsbeschränkungen, die viele Einwanderungsländer bereits vor dem Ersten Weltkrieg eingeführt und danach beibehalten hatten, nicht mehr zur Verfügung standen. Siedlungsgebiete in den eroberten Ländern sollten das Problem überzyklischer Massenarbeitslosigkeit überwinden (Kakel 2013). Die Niederlage der Achsenmächte verdeutlichte, wie schon der Ausgang des Ersten Weltkrieges, dass eine Neuverteilung der politischen Kontrolle über bestimmte Gebiete dem Kapital keine neuen Räume territorialer Expansion schaffen kann. Anders als der Erste Weltkrieg schuf der Ausgang des Zweiten Weltkrieges allerdings die Bedingungen der kapitalistischen Durchdringung von Räumen, die sich unter der politischen Kontrolle kapitalistischer Staaten befanden.

Damit wurden auch neue Antworten auf die soziale Frage möglich, die sich im Zuge des Fortschreitens der Kapitalakkumulation und der Entstehung industrieller ArbeiterInnenklassen immer schärfer gestellt hatte. Nach einer ersten Phase der Unterdrückung im frühen 19. Jahrhundert hatten die Bourgeoisien der meisten kapitalistischen Länder gegen Ende des Jahrhunderts bereits nach Wegen der zumindest partiellen Einbindung der ArbeiterInnenbewegung gesucht. Dazu hatte der Imperialismus mit seinen Lobpreisungen der eigenen Nation und „Rasse“ die ideologischen Waffen geliefert, die in Teilen der ArbeiterInnenbewegung mit Hoffnungen auf materielle Beteiligung an den erwarteten Gewinnen aus den Kolonien unterfüttert waren (Hobsbawm 1995: Kap. 6). Der Erste Weltkrieg, in dem ArbeiterInnen in Uniform um die Neuverteilung der Kolonien kämpfen mussten, machte den Traum von der klassenübergreifenden imperialen Nation jedoch brutal zunichte. Trotz Ansätzen korporatistischer Aushandlungen zwischen Unternehmen, Staat und Gewerkschaften stellte sich die Klassenfrage in den Schützengräben, aber auch in den unter Kriegsrecht stehenden Fabriken schärfer als je zuvor. Sozialdemokratische Hoffnungen, die im Kriege entstandenen Ansätze eines organisierten Kapitalismus in Friedenszeiten fortführen und zur Durchsetzung sozialer Reformen nutzen zu können, erwiesen sich als ebenso illusorisch wie frühere Hoffnungen auf eine Beteiligung der ArbeiterInnenklasse an den Früchten kolonialer Ausbeutung. Unter Bedingungen schwachen Wachstums und häufiger Krisen sahen die Kapitalisten in solchen Vorstellungen die Vorboten einer dauerhaften Profitklemme und eines damit verbundenen Niedergangs des Kapitalismus. Die KommunistInnen, die diesen Niedergang bereits als eine unumkehrbare Tatsache ansahen und daran revolutionäre Hoffnungen knüpften, wurden freilich ebenso enttäuscht wie sozialdemokratische Hoffnungen auf ein dank Klassenkollaboration krisenfreies Hinüberwachsen in den Sozialismus. Die politische Spaltung der ArbeiterInnenbewegung führte in

den Abgrund des Faschismus. Trotz der verheerenden Niederlage der gesamten ArbeiterInnenbewegung im Zuge der faschistischen Herrschaft blieben die ArbeiterInnenklassen in den kapitalistischen Zentren als soziale Kraft aber bestehen und konnten nach dem Zweiten Weltkrieg unter grundlegend veränderten weltpolitischen und ökonomischen Bedingungen den Sozialstaat durchsetzen, von dem die Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit vergeblich geträumt hatte. Allerdings ging mit dem Ausbau real existierender Sozialstaaten eine Entzauberung des sozialdemokratischen Projektes einher, die dessen Verteidigung gegen die in den 1980er Jahren beginnende Gegenreform erschwerten. Mehr noch: Die Erschöpfung der Utopien staatlich gesteuerter Arbeitsgesellschaften ebnete der neoliberalen Utopie marktgesellschaftlicher Selbstverwirklichung den Weg.

Nachdem die politische Spaltung der ArbeiterInnenbewegung im Inneren der kapitalistischen Zentren in den Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus transformiert war, hatten die Bourgeoisien ungleich mehr Grund, sich auf einen Deal mit der Sozialdemokratie einzulassen als zu Zeiten der Großen Depression, in denen sie zwar von den sowjetischen Wachstumsraten beeindruckt, aber weit davon entfernt waren, die Sowjetunion als weltpolitische Herausforderung wahrzunehmen (Schmidt 2016).

Korporatistische Arrangements stellten die nach dem Ersten Weltkrieg verloren gegangene Verbindung zwischen Reallohn- und Produktivitätswachstum wieder her, der Ausbau des Sozialstaates sowie keynesianisches Nachfragemanagement trugen zur Glättung zyklischer Schwankungen bei. Die konjunkturelle Stabilisierung erklärt die hohen Wachstumsraten nach dem Zweiten Weltkrieg aber nur insofern, als sie fixkostenintensive Produktionsmethoden, die im Falle starker Konjunkturausschläge nicht rentabel angewendet werden können, ermöglichte. Deshalb konnten auch Skalenerträge realisiert werden, die zu einer Verbilligung von Konsumgütern führten, sodass steigende Reallöhne auch zur Anschaffung gänzlich neuer Produkte ausgegeben werden konnten. Allerdings spielte auch der Imperialismus, wie schon in der Prosperität vor dem Ersten Weltkrieg, wenngleich in völlig verwandelter Form, eine entscheidende, die Akkumulation fördernde Rolle (Schmidt 2012). Dazu gehörten im Zeichen des Kalten Krieges auch über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus hohe Rüstungsausgaben sowie die fortschreitende Industrialisierung des postkolonialen Südens, die die herrschenden Eliten des Westens im Kampf gegen den Kommunismus ebenso als unvermeidliches Übel zu akzeptieren gelernt hatten wie den Ausbau des Sozialstaates im Westen. Letzterer ging mit der Kolonisierung der Lebenswelten der ArbeiterInnenklasse einher, die ökonomisch dem Massenkonsum den Weg bereitete und sozial zur Auflösung jener Netzwerke führte, in denen sich die kollektiven Identitäten der ArbeiterInnen seit dem Beginn der Industrialisierung reproduziert hatten. Solange die keynesianische

Akkumulationswelle am Laufen war, machten sich die Folgen dieser Auflösung des sozialen Fundaments der ArbeiterInnenbewegung noch nicht bemerkbar. Im Gegenteil konnte deren organisatorischer Überbau, die Gewerkschaften, dank der Einbindung in den keynesianischen Staat und seine zivilgesellschaftlichen Vorfeldorganisationen, sogar eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts vom Kapital zur Lohnarbeit erreichen. Diese Verschiebung wurde vom Kapital als Bedrohung der Profite wahrgenommen (Manske 1976), sobald die institutionelle Macht der ArbeiterInnenbewegung durch spontane Streiks ergänzt wurde, in denen insbesondere marginalisierte ArbeiterInnengruppen, zumeist Frauen, EinwanderInnen oder Angehörige ethnischer Minderheiten, bestehende Lohnhierarchien und sozialstaatliche Diskriminierungen infrage stellten. Das Menetekel einer Profitklemme wurde als noch dringlicher empfunden, weil Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung oder gar eines nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges, die von postkolonialen Regimes immer lauter artikuliert wurden, gleichermaßen zu einer Verengung der Absatzmärkte als auch der Beschränkung neokolonialer Formen der Ausbeutung des Südens zu führen drohten.

Die zyklische Krise von 1974/75 wurde zusammen mit der Güter- und Rohstoffpreis-Lohnspirale, die sich im Zusammenspiel von keynesianischem Staat, Aufschwung sozialer Bewegungen im Westen und der Radikalisierung vieler postkolonialer Regimes immer schneller drehte, zum Anlass einer Umgruppierung und daran anschließenden Offensive der Kräfte des Kapitals. Die monetaristische Wende führte zu überzyklischer Massenarbeitslosigkeit und einer entsprechenden Schwächung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht. Seither hinken die Real-löhne der Entwicklung der Arbeitsproduktivität hinterher. Zinserhöhungen und krisenbedingte Steuerausfälle, die mit der monetaristischen Wende verbunden waren, verschärften zudem die Fiskalkrise des Staates, die zunächst aufgrund steigender Ansprüche seitens der ArbeiterInnenklassen und marginalisierter Gruppen begonnen hatte. Diese Krise wurde zum Ausgangspunkt von Privatisierungen, die privaten Investitionen neue Anlagefelder boten. Mit der Reintegration Osteuropas und Chinas in den kapitalistischen Weltmarkt erreichte diese Akkumulation durch Enteignung unerwartete Höhen, sodass die mit der Wende zu Monetarismus und Austerität verbundene Beschränkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kompensiert werden konnte. Positiv auf die Akkumulationsbewegung während der „neoliberalen Welle“ der Akkumulation (Schmidt 2012) wirkten sich auch die technologische, organisatorische und räumliche Umstrukturierung des Produktionsprozesses aus, weil sie entsprechende Investitionen in Anlagen und insbesondere die Infrastruktur erforderte, welche die nunmehr geschaffenen globalen Produktionsnetzwerke zusammenhält. Die Reintegration vormals kommunistischer Länder in den Weltmarkt bot weiteren Spielraum für die kapitalistische Expansion und mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus wurde auch der

Widerstand gegen die Akkumulation durch Enteignung in den kapitalistisch dominierten Ländern weiter geschwächt. Allerdings war die äußere Expansion ebenso begrenzt wie die koloniale Expansion des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die innere Expansion wurde nicht nur durch neu entstehende soziale Bewegung abgebremst, sondern scheiterte auch zunehmend an inneren Widersprüchen. Die Privatisierung von Versorgungsunternehmen, Infrastruktur und sozialer Fürsorge mag für Einzelkapitale profitabel sein, erhöht aber für das Gesamtkapital die Reproduktionskosten für Produktionsmittel und Arbeitskraft und ruft damit erneut das Gespenst sinkender Profitraten hervor. Angesichts dieser Probleme bedurfte es lediglich einer zyklischen Krise, die 2001 eingetreten ist, um die Wende von der neoliberalen Expansion zu einer anhaltenden Krisenperiode einzuleiten.

Der danach begonnene Krieg gegen den Terror hatte auf die Konjunktur allerdings eine weniger belebende Wirkung als der Erste Weltkrieg. Anders als der Erste und in etwas anderer Form auch der Zweite Weltkrieg führte der Krieg gegen den Terror nicht zur Wiederbelebung einer durch Kriegsbeginn politisch geschwächten ArbeiterInnenbewegung. Auch die im Zuge wiederkehrender Krisen erfolgte Verschärfung sozialer Gegensätze und die damit einhergehenden Gefühle von Enttäuschung, Angst und Wut führen bestenfalls zu kurzlebigen Protestbewegungen. Die soziale Kraft, die es den alten ArbeiterInnenbewegungen erlaubte, auch schwerste politische Niederlagen zu überstehen, wurde durch die globale Restrukturierung des kapitalistischen Produktionsprozesses zersetzt. Die alten ArbeiterInnenklassen, die im 19. Jahrhundert im Westen entstanden waren und die kapitalistische Herrschaft im 20. Jahrhundert ernsthaft herausgefordert, teilweise sogar überwunden hatten, existieren nicht mehr. Die Entstehung neuer ArbeiterInnenklassen steckt bestenfalls in den Kinderschuhen (Schmidt 2014). Kurzlebige Protestbewegungen können zur Entstehung solcher Klassen beitragen, ihre Schwäche führt aber auch dazu, dass das Unbehagen am Neoliberalismus oder sogar Kapitalismus von rechten Bewegungen aufgegriffen werden kann, die Lösungen der sozialen Frage im Namen von Nation und „Rasse“ versprechen.

Literatur

- Amin, Samir (2010): *The Law of Worldwide Value*. New York.
- Bond, Patrick/Garcia, Ana (Hg.) (2015): *BRICS – An Anticapitalist Critique*. Chicago.
- Broadberry, Stephen/Harrison, Mark (Hg.) (2005): *The Economics of World War*. Cambridge.
- Desai, Radhika (2010): Consumption Demand in Marx and the Current Crisis. In: *Research in Political Economy* 26: 101-143.
- Eichengreen, Barry (1992): *Golden Fetters – The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939*. Oxford.
- (2012): *Das Ende des Dollar-Privilegs*. Kulmbach.
- Fisher, Irving (1933): The Debt-Deflation Theory of Great Depressions. In: *Econometrica* 1(4): 190-207.

- Goldberg, Jörg (2015): *Die Emanzipation des Südens – Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt*. Köln.
- Grossmann, Henryk (1929): *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*. Frankfurt/M 1967.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford.
- (2010): *The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism*. London.
- Hatton, Timothy J./Williamson, Jeffrey G. (2005): *Global Migration and the World Economy*. Cambridge-London.
- Hilferding, Rudolf (1911): *Das Finanzkapital*. Frankfurt/M 1968.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das imperiale Zeitalter, 1875-1914*. Frankfurt/M.
- James, Harold (2003): *Der Rückfall – Die neue Weltwirtschaftskrise*. München-Zürich.
- Kakel, Carroll P. (2013): *The American West and the Nazi East*. Houndmills-Basingstoke.
- Kindleberger, Charles P. (1973): *Die Weltwirtschaftskrise*. München.
- Lebowitz, Michael (2002): *Beyond Capital: Marx's Political Economy of the Working Class*. New York.
- Li, Minqi (2016): *China and the 21st Century Crisis*. London.
- Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 5. Berlin 1990: 5-411.
- Manske, Fred (1976): Die Suche nach den Schuldigen – Zur Krisenanalyse der herrschenden Wirtschaftswissenschaft, der Bundesregierung, der Opposition und der Unternehmerverbände. In: Huffscheid, Jörg/Schui, Herbert (Hg.): *Gesellschaft im Konkurs?* Köln: 257-314.
- Moser, John E. (2015): *The Global Great Depression and the Coming of World War II*. London-New York.
- O'Connor, James (1987): *The Meaning of Crisis – A Theoretical Introduction*. Oxford.
- O'Rourke, Kevin/Williamson, Jeffrey G. (1999): *Globalisation and History: The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy*. Cambridge.
- Pelz, William A. (2017): Karl Marx, Das Kapital and the International Working Men's Association. In: Schmidt, Ingo/Fanelli, Carlo (Hg.): *Reading Capital Today*. London (i.E.).
- Schmidt, Ingo (Hg.), (2008): *Spielarten des Neoliberalismus*. Hamburg.
- (2012): Rosa Luxemburg's Accumulation of Capital: A Centennial Update with Additions from Long Wave Theory and Karl Polanyi's Great Transformation. In: *Critique: Journal of Socialist Theory* 40(3): 337-356.
- (2014): The Downward March of Labor Halted? The Crisis of Neoliberal Capitalism and the Remaking of Working Classes, in: *WorkingUSA* 17(1): 5-22.
- (2016), Social Democracy and Uneven Development – Theoretical Reflections on the Three Worlds of Social Democracy. In: Ders. (Hg.): *The Three Worlds of Social Democracy – A Global View*. London: 1-25.
- Sherman, Howard J. (1991): *The Business Cycle – Growth and Crisis under Capitalism*. Princeton.
- Smith, John (2016), *Imperialism in the Twenty-First Century: Globalization, Super-Exploitation, and Capitalism's Final Crisis*. New York.
- Sweezy, Paul (1942): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*. Frankfurt/M 1970.
- Teulings, Coen/Baldwin, Richard (Hg.) (2014): *Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures*. London.
- Tooze, Adam (2015): *Sintflut – Die Neuordnung der Welt 1916-1931*. München.
- Varga, Eugen (1921): *Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft*. Moskau.
- (1969): *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen* (hgg. von Elmar Altvater). Frankfurt/M.